

## Tempolimit ist überflüssig

Zu: „Esken macht weiteren Vorstoß zu Tempo 130“, FR-Politik vom 27.12.

Die SPD hat offenbar nichts Wesentliches mehr zu den wirklich drängenden Gegenwartsfragen in diesem Land zu bieten. Da holt die neue Co-Vorsitzende, ermutigt wohl durch ihre jetzige Spitzenposition, ausgerechnet zur sonst nachrichtenschwachen Weihnachtszeit das Tempolimit auf Autobahnen aus der Klamotten-Verbotskiste. Als würde der Bundestag nach dem gerade im Oktober auch mit SPD-Stimmen beschlossenen „Contra“ jetzt „schlau“ werden und kurzfristig „Pro“ stimmen. Sollten deutlich mehrheitlich gefasste Parlamentsbeschlüsse inzwischen derart kurze „Halbwertzeiten“ haben? Die Rechtssicherheit wäre wieder einmal angeknickt.

Die ganz überwiegende Anzahl tödlicher Verkehrsunfälle – mehr als 60 Prozent – geschieht bekanntlich auf unseren tempolimitierten Bundes- und sonstigen Nebenstraßen, mithin eine deutlich geringere Anzahl mit weiter abnehmender Tendenz auf den dagegen sehr viel sichereren Autobahnen. Zudem gibt es keine belastbare Untersuchung, wie viel rasende Automobilisten gerade auch in den Tempolimit-Zonen auf Autobahnen tödlich verunglücken und/oder andere in den Tod reißen oder wie viele übermüdete LKW-Fahrer die Verursacher sind. Und wer hat eigentlich „gerichtsfest“ gemessen, dass die immer wieder beweislos hingeworfenen angeblich bis zu zwei

Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> über Limit von 130 km/h tatsächlich in die Luft geblasen werden? Das ist doch reine ideologische Fantasie, naturwissenschaftlich durch nichts belegt. Es gibt doch wichtigere Themen für die Politik!

Und der wirklich törichte Vergleich von Esken mit Nordkorea oder Afghanistan war nicht mal im Ansatz witzig. Auf deutschen Autobahnen wird nach meiner jahrzehntelangen Erfahrung ganz allgemein nicht gerast! Da ist jedenfalls tagüber überall dermaßen dichter Verkehr, dass im Mittel kaum mehr als 120 bis 130 km/h drin sind. Einzelne Raser wird es immer geben, die sich um ein Tempolimit nicht scheren – siehe die mehrheitlichen Verkehrstoten auf den Landstraßen.

Wenn wir in Europa eventuell noch die einzige Nation ohne generelles Tempolimit auf unseren Autobahnen sind, dann liegt das wohl auch und ganz wesentlich an unserer liberalen Staatsform, deren Parlamente und Regierungen den Menschen bisher zugetraut haben, mit diesem Teil Freiheit verantwortungsvoll umzugehen. Vielleicht trauen diese anderen Länder ihren Bürgern – traditionell? – nicht so viel Eigenverantwortung zu,

Thilo Krause-Palfner Frankfurt

**Alle Leserbrief**e dieses Leserforums wurden online veröffentlicht unter [frblog.de/lf-20200106](http://frblog.de/lf-20200106)

## Brave Bürger mit Ideen

SPD: „Kohle für Wind“, FR-Titel vom 3. Januar

Liebe SPD hier noch ein paar weitere Vorschläge neben dem Windbürgergeld, um es in 2020 regelmäßig auf die Titelseiten der FR zu schaffen:

Luftbürgergeld als Ausgleich für alle Menschen, die unverschuldet an feinstaubbelasteten Innenstadtstraßen leben müssen; Lärmbürgergeld für Anwohner im Umkreis großer Verkehrsflughäfen, stark befahrenen Autobahnen und neuen Schnell- und Güterbahntrassen; Lichtbürgergeld für Bewohner von Häusern, die aufgrund nachverdichteter Wohngebiete auch tagsüber das Licht einschalten müssen.

Diese Entschädigungen können fallweise auch kumuliert werden. Eine Bedürftigkeitsprüfung entfällt, Adresse genügt. Als Finanzierungsmodell kommt ein Fonds in Frage, der sich aus einer „Heiße-Luft“-Abgabe für VolksvertreterInnen und den Steuern gemeinnütziger Organisationen speist, denen die Steuerbefreiung mit fadenscheinigen Begründungen vor kurzem aberkannt wurde. Sämtliche neuen Regelungen werden in einem BBG („Brave-Bürger-Gesetz“) zusammengefasst, das verbietet, dass sich BürgerInnen zwischen demokratischen Wahlen engagieren, Initiativen gründen und solche Leserbriefe schreiben.

Frank Mörsberger, Bad Nauheim

## Falsches Pferd aufgezümt

Pläne für eine Transaktionssteuer: „Macht die Fenster auf“, FR-Meinung v. 27.12.

Die von James Tobin in den Siebziger zur Eindämmung von Devisenspekulationen vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer (FTS) ist nach wie vor aktuell; nicht um die Spekulation mit Devisen zu besteuern, sondern zur Eindämmung der in den letzten Jahren immer zahlreicheren Spekulationsgeschäfte mit hohen und sehr hohen Einsätzen. Die Millionenbeträge werden im Hochfrequenzhandel mit Hilfe von Algos gehandelt. Diese Programme laufen auf Hochgeschwindigkeitsrechnern und erledigen ihre Aufgaben gestaffelt in riesigen Mengen und innerhalb von Millisekunden. So können sie ein Dutzend Finanzmärkte gleichzeitig nach bestimmten Vorgaben wie Anomalien und winzigen Handels- und Preisschwankungen durchforsten, um dann nach Vorgaben selbstständig zu kaufen und innerhalb von Bruchteilen von Sekunden wieder an einem anderen Handelsplatz verkaufen. Damit werden heute über eine Milliarde Finanzprodukte pro Tag (!) gehandelt. Das verstärkt die Gefahr von Börsencrashes, da Banken heute engere Vorschriften einhalten müssen und daher diese Geschäfte über Schattenbanken tätigen. Ihr Handelsvolumen soll bereits über 100 Billionen Dollar jährlich (!) betragen, und sie umfassen nahezu 100 Prozent des Handels mit diesen Derivaten weltweit. nur noch zwischen 1,5 und fünf Prozent ihrer Um-

sätze betreffen realwirtschaftliche Vorgänge wie die Absicherung von Handelsgeschäften mit Gütern und Dienstleistungen. Es würde daher genügen, nur den spekulativen Bereich mit einer Steuer zu belegen. Doch die EU-weit seit zehn Jahren diskutierte Steuer wurde durch die starke Lobby der Finanzwirtschaft verhindert. In einigen EU-Staaten wurde sie lediglich im Aktienhandel mit 0,1 bis 0,3 Prozent eingeführt. Der Handel mit Derivaten, insbesondere der Hochfrequenzhandel, werden dort mit wenigen Ausnahmen für den regulierten Handel (Frankreich) völlig ausgenommen.

Jetzt hat unsere Regierung ein Modell entwickelt, das gleich zweifach den eigentlichen Sinn der FTS auf den Kopf stellt. Ausgerechnet der SPD-Minister Scholz will jetzt zwar alle Finanztransaktionen mit 0,2 Prozent besteuern, ausgenommen aber gerade die Finanzderivate und damit die gefährlichen spekulativen Geschäfte. Dieses Gesetz geht nicht nur weiter als der EU-Vorschlag und an den Interessen der Verbraucher vorbei, sondern ignoriert noch weitergehender als der EU-Vorschlag die längst bewiesenen Gefahren für die Volkswirtschaft. Ein Plan, der schlicht das falsche Pferd aufzäumt und wieder einmal den unheilvollen Einfluss der (Finanz-) Wirtschaft auf die Politik untermauert.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

